

4tyFOUR

DAS PRÄVENTIONSMAGAZIN

www.praevention.at

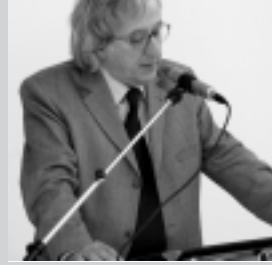
Nr. 5
Dez. 2005

Institut Suchtprävention, Hirschgasse 44, 4020 Linz

DROGEN SIND GENUSS-
MITTEL, WENN SIE FAS-
SIG UND KONTROLLIERT
GENOSSEN WERDEN. DROGEN SIND ME-
DIZINISCH INDIZIERTE HILFSMITTEL ZUR
BEWÄLTIGUNG PSYCHISCHER PROBLEME.
DROGEN SIND BETÄUBUNGSMITTEL ZUR
LINDERUNG VON KÖRPERLICHEM SCHMERZ.
DROGEN SIND SUCHTMITTEL, WENN DER
KONSUM AUSSER KONTROLLE GERÄT. DRO-
GEN SIND ZAHLUNGSMITTEL IM NETZWERK
ORGANISierter KRIMINALITÄT. DROGEN
SIND DRUCKMITTEL ZUR DURCHSETZUNG
AUTORITÄRER LAW-AND-ORDER-STRATEGIEN.
DAS IST DIE DROGENPOLITISCHE REALITÄT.

**DROGENPOLITIK
VON NIKOTIN BIS HEROIN**

institut
sucht
prävention
PRO MENTE OÖE



POLITIK DER WIDERSPRÜCHE

In der Drogenpolitik sind Ideologien und wirtschaftliche Interessen häufig immer noch stärker als Vernunft.

Wer sich damit auseinandersetzt, wie Gesellschaften mit „Drogen“ – also mit psychoaktiven Substanzen – umgehen, hält vergeblich nach einer Systematik oder einem schlüssigen Konzept Ausschau. Man wird lernen müssen mit Widersprüchen und Ambivalenzen zu leben. Der Besitz mancher Substanzen wird mit dem Strafgesetz bedroht, für andere rührt man kräftig die Werbetrommel und erzielt Milliarden an Umsätzen und Steuereinnahmen. Wer hier vorschnell auf das unterschiedliche gesundheitliche Risiko verweist, wird nach fachlicher Überprüfung seiner Hypothese enttäuscht sein. Warum sind Substanzen, die früher streng verboten waren – etwa Kaffee und Tabak – heute legal erhältlich? Warum wiederum steht der Besitz von Substanzen, die Anfang des 20. Jahrhunderts noch frei verfügbar waren – etwa Cannabis und Opiate – heute unter Strafe? Studiert man die Entwicklung der internationalen Drogengesetzgebung, ist man mit einer Reihe unterschiedlichster Einflussfaktoren konfrontiert, von der Außen- und Minderheitenpolitik bis hin zu wirtschaftlichen Interessen. Dabei entgeht dem aufmerksamen Beobachter nicht, dass wichtige Definitionen wie etwa jene von Sucht, Abhängigkeit oder „Droge“ ebenfalls in Entwicklung sind und auch diese vielfältigen Interessen unterliegen.

Dies akzeptierend schlägt zum Beispiel die „Eidgenössische Kommission für Drogenfragen“ folgende Leitlinien vor, um die Schweizer Drogenpolitik weiterzuentwickeln und zu verbessern: Die wissenschaftlichen Erkenntnisse, den Gesundheitsschutz, die gesellschaftlichen Wirklichkeiten sowie die Stimmigkeit staatlicher Maßnahmen. Als Kernempfehlung wird das Verlassen einer Politik, die sich ausschließlich auf illegale Drogen richtet, ausgegeben. Ziel soll demnach eine sachliche, in sich stimmige, wirksame und glaubwürdige Politik sein, die alle psychoaktiven Substanzen umfasst, also auch Alkohol, Tabak oder Medikamente.

Das sind Empfehlungen, die es gleichermaßen für die Weiterentwicklung der österreichischen „Drogenpolitik“ oder besser gesagt der Politik rund um psychoaktive Substanzen einzufordern gilt.

Christoph Lagemann | Dr. Rainer Schmidbauer
 Institutsleitung

„DESINFORMATION UND PROPAGANDA“

In Ihrem Buch „No Drugs – No Future“ erklären Sie die internationale Drogenpolitik für gescheitert. Wie kommen Sie zu diesem Schluss?

Da müssen Sie doch nur den jährlichen Bericht des Suchtstoffkontrollrates der Vereinten Nationen lesen, um zu wissen, dass diese Politik gescheitert ist: Von Jahr zu Jahr mehr Drogenabhängige und neue Abhängigkeitsformen, neue Anbauflächen, neue Produktionsstätten, neue Handelswege, neue Märkte und neue Drogen. Wer, wie die UNO, verspricht, die Welt bis zum Jahr 2008 drogenfrei machen zu wollen, muss unter einem pathologischen Realitätsverlust leiden.

Wieso nimmt man sich dann so ein Ziel vor?

Weil in den USA, die nun schon seit mehr als einem Jahrhundert den drogenpolitischen Kurs der internationalen Staatengemeinschaft bestimmen, Desinformation und Propaganda als ebenso legitime wie unverzichtbare Instrumente der Außenpolitik gelten.

Wer profitiert von der heute praktizierten Drogenpolitik, sei es im legalen oder im illegalen Bereich?

Im illegalen Bereich profitiert das organisierte Verbrechen auf allen Handelsstufen sowie die Banken, welche die in der Illegalität erzielten Profite in den Sektor der legalen Wirtschaft transferieren. Im legalen Bereich profitiert die Pharmaindustrie. Und im politischen Sektor der Verbraucherländer profitieren die Parteien und Personen, welche sich ihre Aktivitäten aus Spenden gewaschener Drogengelder finanzieren lassen. Ob in Mexiko, Italien oder der Türkei – überall auf der Welt gibt es Beispiele für das Zusammenspiel von politischer Klasse und organisiertem Verbrechen.

Was ist der politische Nutzen?

Das Drogenproblem ist ein angstbesetztes Thema und Angst ist ein politisches Kapital. Jeder Appell an die drogenpolitische Vernunft fordert umgehend jene gesellschaftlichen Kräfte heraus, deren Politik auf Angstmache setzt.

Wie wirkt sich die Drogenpolitik in den Erzeugerländern aus?

Vom Anbau und der Verarbeitung in den Erzeugerländern profitieren Teile der politischen und wirtschaftlichen Eliten, die ihre Profite bevorzugt in den Kauf von Waffen stecken, mit denen sie Milizen und Terrorgruppen ausstatten. Wie das funktioniert, wird derzeit in Afghanistan in einem quasi offenen Feldversuch demonstriert. Kurzfristig partizipiert auch die lokale Bevölkerung vom Anbau der Rohstoffe und deren Verarbeitung zu marktgängigen Drogen.

Ist das Geschäft mit Drogen für die lokale Bevölkerung nicht oft die einzige Lebensgrundlage?

So ist es. In Afghanistan und Laos aber auch in Kolumbien und Bolivien gibt es kein Agrarprodukt mit einem mit Mohn oder Koka vergleichbaren Marktwert. Doch der Preis, den die lokale Bevölkerung für den geringen Wohlstandsgewinn zu zahlen hat, ist hoch. In Regionen, die vom Anbau und der

Günter Amendt über die Profiteure der seiner Meinung nach gescheiterten internationalen Drogenpolitik und mögliche Folgen einer Legalisierung von verbotenen Substanzen.

Verarbeitung von Drogen leben, herrscht der blanke Terror. Polizei, Militär, Milizen, Guerillagruppen und Geheimdienste, alle mischen mit.

Was sind Alternativen zur derzeitigen Drogenpolitik?

Die schrittweise staatlich regulierte Legalisierung von Drogen.

Was bedeutet das? Freie Zugänglichkeit im Supermarkt?

Eben nicht. Obwohl Milton Friedman, der Oberguru neoliberaler Markt fetischisten, genau das vorschlägt. Doch ohne Eingriffe des Staates in das Marktgeschehen wäre die Legalisierung von Drogen nicht vertretbar. Und das heißt unter anderem: Keine Drogen im Supermarkt, keine Drogen im Automatenverkauf, keine Drogen an Tankstellen und Kiosken.

Ist eine Legalisierung angesichts einer vom „War on Drugs“ beeinflussten gesellschaftlichen Mentalität überhaupt praktisch umsetzbar?

Die Initiative hätte von der Europäischen Union auszugehen. Dass der „War on Drugs“ ein Instrument der US-Außenpolitik ist und mit dem Kampf gegen Drogen nur am Rande zu tun hat, dürfte der europäischen Öffentlichkeit leicht zu vermitteln sein. Im neoliberalen Zeitgeist, der sich in den Köpfen der politischen Eliten festgesetzt hat, sehe ich das Haupthindernis. Dass bestimmte politische Probleme nur mit Hilfe staatlicher Markteingriffe – mit Verboten und Regulierungen – bewältigt werden können, will nicht rein in diese vernebelten Köpfe.

Welche Risiken birgt eine Legalisierung von derzeit illegalen Substanzen?

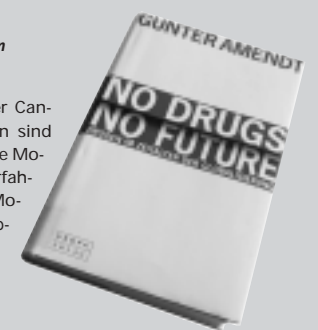
Mit vielen Experten weltweit bin ich davon überzeugt, dass in der Güterabwägung die Risiken einer Legalisierung geringer sind als der politische, ökonomische und gesellschaftliche Schaden, den die Beibehaltung der Prohibition anrichtet. Bei einer Legalisierung sehe ich besonders in der Übergangsphase das Risiko einer Marktüberflutung. Deshalb muss der Prozess des Übergangs von der Illegalität zur Legalität präzise vorbereitet werden. Der Staat hätte für eine defensive Vermarktung zu sorgen und jede Form von Werbung oder Propaganda für psychoaktive Substanzen zu unterbinden. Die Liste von staatlichen Rahmenbedingungen ist lang. Jugendschutz, der auch tatsächlich durchgesetzt wird, ist eine der unverzichtbaren Bedingungen.

Wie wird sich der Drogenkonsum in westlichen Gesellschaften Ihrer Meinung nach weiter entwickeln?

Die heute noch illegalisierten Drogen wie Heroin oder Cannabis werden an Bedeutung verlieren. Pharmadrogen sind die Drogen der Zukunft. Dabei verschieben sich auch die Motive des Konsums. Bisher war die Suche nach Rauscherfahrung, nach Ekstase und nach Genuss das dominante Motiv. In Zukunft werden es Leistungssteigerung, Angstabwehr, die Bewältigung von Stimmungsschwankungen und die Überwindung von Müdigkeit und Stress sein.



Dr. Günter Amendt – in Hamburg lebender Sozialwissenschaftler, Therapeut und Publizist – ist bekannter Drogenspezialist und Autor des Buches „No Drugs, No Future“.



DROGEN SIND GENUSSMITTEL, WENN SIE MÄSSIG UND KONTROLLIERT GENOSSEN WERDEN. DROGEN SIND MEDIZINISCH INDIZIERTE HILFSMITTEL ZUR BEWÄLTIGUNG PSYCHISCHER PROBLEME. DROGEN SIND BETÄUBUNGSMITTEL ZUR LINDERUNG VON KÖRPERLICHEM SCHMERZ. DROGEN SIND SUCHTMITTEL, WENN DER KONSUM AUSSER KONTROLLE GERÄT. DROGEN SIND ZAHLUNGSMITTEL IM NETZWERK ORGANISierter KRIMINALITÄT. DROGEN SIND DRUCKMITTEL ZUR DURCHSETZUNG AUTORITÄRER LAW-AND-ORDER-STRATEGIEN. DAS IST DIE DROGENPOLITISCHE REALITÄT. Aus: *No Drugs, No Future*, Günter Amendt.



DROGENPOLITIK DER ZUKUNFT



▲ Haschisch-Salben wurden einst als Heilmittel beworben

Die Sucht- und Drogenpolitik war bisher stark von Ideologien und Mythen geprägt und hat sich einseitig auf illegale Substanzen konzentriert. Das verstellt den Blick auf große Zusammenhänge. Ein Plädoyer für mehr Sachlichkeit und für ein „stimmiges“ Konzept, das alle Substanzen umfasst.*

Wer sich mit dem Bereich Sucht und Drogen („psychoaktive Substanzen“) befasst und bewusst Ideologie, Moral und Mythen beiseite legt, wird feststellen: Das Thema hat so viele Aspekte und betrifft so viele Interessen, dass einfache Botschaften und scheinbar „endgültige“ Lösungen wie Kartenhäuser in sich zusammenfallen. Nur wer sich von festgefahrebenen Ideologien befreit, kann eine sachliche Politik machen.

Heute weiß man:

- ▶ Die Probleme rund um Sucht und psychoaktive Substanzen (z.B. Alkohol, Tabak, Medikamente, Heroin, Kokain, Cannabis...etc.) lassen sich nicht allein mit Verboten lösen.
- ▶ Drogenpolitik lässt sich leicht zur Durchsetzung von Interessen missbrauchen, von den Interessen der Außenpolitik bis hin zu jenen der Alkohol-, Tabak- oder Pharmaindustrie.
- ▶ Man darf das Geschäft mit psychoaktiven Substanzen nicht gänzlich den Gesetzen des freien Marktes überlassen. Regulierungen sind notwendig.
- ▶ Wie gefährlich eine Substanz ist, hängt nicht allein von ihrer chemischen Beschaffenheit ab, sondern auch von den Konsummustern (Wer konsumiert wann, wie viel, wie oft?).
- ▶ Die Schäden, die durch Missbrauch und Abhängigkeit von Substanzen entstehen, sollen so gering wie möglich gehalten werden – auch gegenüber unbeteiligten Dritten, z.B. betreffend Alkohol im Straßenverkehr oder Nichtraucher-schutz.
- ▶ Jugendschutz darf nicht nur auf dem Papier existieren, sondern muss auch ernsthaft umgesetzt und kontrolliert werden.

Die Extreme: Schwarzmarkt und Gewinnmaximierung

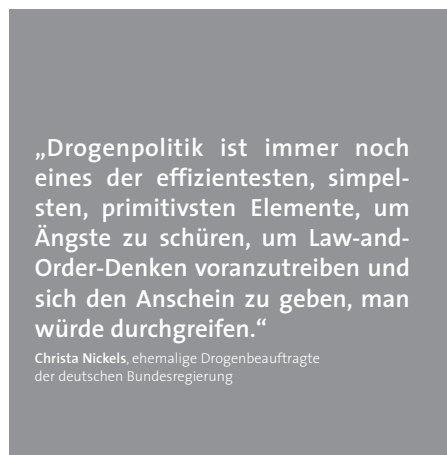
Der britische Arzt John Marks hat schon in den 90er-Jahren festgestellt, dass die Drogenpolitik in ihren Extremen die größten Probleme verursacht: Totalverbote führen beispielsweise zu Schwarzmarkt, organisierter Kriminalität, Beschaffungskriminalität und dem Verlust von Qualitätskontrolle und Konsumentenschutz. Ist der Handel mit psychoaktiven Substanzen jedoch total frei gegeben, sind letztlich immer Ge-

winnmaximierung und Massenkonsum das Ziel, mit entsprechenden gesundheitlichen und sozialen Folgekosten, wie es sie etwa bei Alkohol und Tabak gibt. Inzwischen hat sich die Sucht- und Drogenpolitik in Europa von diesen beiden extremen Polen ein Stück weg entwickelt: Maßnahmen zur Schadensminimierung (z.B. Spritzentausch) und Substitution (z.B. Heroin-Ersatztherapie mit Methadon oder Substitol) sind heute in die Suchtbehandlung integriert. Der Grundsatz „Therapie statt Strafe“ ist weit verbreitet. Gleichzeitig gibt es bei Alkohol und Tabak immer umfassendere Werbebeschränkungen oder andere Regelungen, wie etwa verschärfter Nichtraucher-Schutz.

Glaubwürdigkeit statt „endgültiger“ Lösung

Diese Ausgewogenheit zwischen Toleranz und Beschränkungen gilt es weiter zu entwickeln, denn nach wie vor gibt es ein starkes Ungleichgewicht zwischen legalen und illegalen Substanzen. Die Fehler der Vergangenheit, nämlich Überkriminalisierung und Überliberalisierung, dürfen nicht wiederholt werden. Eine moderne Sucht- und Drogenpolitik soll nicht einzelne psychoaktive Substanzen gesondert betrachten. Sie muss vielmehr alle Drogen, legale wie illegale, einbeziehen, ebenso wie Verhaltenssüchte (z.B. Essstörungen oder pathologisches Glücksspiel). Im Mittelpunkt müssen also nicht einzelne Substanzen stehen, sondern die gesundheitlichen und sozialen Folgen von Missbrauch und Abhängigkeit. Innerhalb kurzer Zeit ein einheitliches und allumfassendes Regulierungsmodell zu schaffen, ist jedoch unrealistisch. Es braucht schrittweise Veränderungen, welche die Kultur, Mentalität und Rechts-tradition eines Landes berücksichtigen. Sucht- und Drogenpolitik muss verstehbar und glaubwürdig sein. Dazu sind eine öffentliche Auseinandersetzung und eine sachlich besser informierte Bevölkerung unverzichtbar.

Das UNO-Ziel, die Welt bis 2008 „drogenfrei“ zu machen, ist der sinnlose Versuch einer „endgültigen“ Lösung. Dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt.



Gezielte Falschinformation im War-on-Drugs: Marihuana wurde als „Killerdroge“ dargestellt.

* Von Dr. Rainer Schmidbauer (Leitung Institut Suchtprävention) und Mag. Isabella Ömer (Redaktion des Instituts) Bilder aus: Cannabis, Mathias Broeckers

TODESSTRAFE FÜR TABAKKONSUM



▲ Verhaftung von Rodrigo de Jerez durch Soldaten der spanischen Inquisition, denn „...wer Rauch aus dem Mund und der Nase ausstoßen könne, müsse mit dem Teufel in bunde sein...“ (aus: Tabak-Ein Kraut verändert die Welt; Kurt Mündl)

Ob eine Substanz als Genussmittel, heilende Medizin oder gefährliches „Suchtgift“ gilt, hängt nur zu einem geringen Teil mit ihren chemischen Eigenschaften zusammen: Ihre Bedeutung ändert sich je nach Epoche, Kultur, Region und wirtschaftlichen Interessen.

Todesstrafe für Tabakkonsum? Diese Drohung, die heute undenkbar scheint, hat es bis ins 18. Jahrhundert tatsächlich gegeben, etwa im osmanischen Reich, in Russland und teilweise sogar im deutschsprachigen Raum. Genützt hat es wenig, die Regierungen mussten ihre Strategie ändern: Tabak wurde erlaubt, dafür kassierte der Staat Steuern und Zölle und etablierte weit verbreitet ein lukratives Tabakmonopol. Auch Tee und Kaffee waren bei ihrer Einführung in Europa heftig umstritten; man unterstellte ihnen, eine Gefahr für die Gesundheit zu sein. So verbot König Friedrich von Preußen Tee per Dekret, außerdem ließ er Flugschriften verbreiten, die gegen Tee- und Kaffeekonsum wetterten und das Volk dazu anhielten, doch lieber Bier zu trinken. Solche Maßnahmen sollten nicht zuletzt den durch die populären Substanzen verursachten Devisenabfluss eindämmen. Der Siegeszug von Kaffee, Tee und Tabak war nicht aufzuhalten und das hing auch mit gesellschaftlichen Veränderungen zusammen. In der Zeit der Aufklärung, in der das aufstrebende Bürgertum Werte wie Vernunft, Nüchternheit und Arbeitstugend hochhielt und sie der Leichtlebigkeit und Prasserei des Adels gegenüber stellte, kamen diese Substanzen wie gerufen: Sie galten als anregend und leistungsfördernd.



Das Beispiel Alkohol wiederum zeigt, wie sehr kulturelle Räume die Drogengesetzgebung prägen: In nordeuropäischen und englischsprachigen Ländern ist die Alkoholpolitik wesentlich restriktiver als etwa in Zentraleuropa oder im Mittelmeerraum. So sollen in Skandinavien und den USA hohe Steuern, eingeschränkte Verfügbarkeit und strengerer Jugendschutz den Konsum eindämmen. Interessanterweise ist in diesen protestantisch geprägten Gegenden zwar teilweise der Pro-Kopf-Verbrauch an Alkohol niedriger, dafür gibt es mehr Rauschexzesse. Die Menschen trinken also seltener, aber wenn, dann häufiger große Mengen auf einmal.

„War on Drugs“ gegen Substanzen mit langer Tradition

Anhand heute illegaler Substanzen ist gut ersichtlich, wie sehr Akteure die Drogenpolitik beeinflussen, die den Konsum psychoaktiver Substanzen bzw. Rauscherfahrungen aus moralischen und ideologischen Gründen ablehnen. So sind Mohn und Hanf alte Kulturpflanzen mit jahrtausendealter Tradition. Daraus hergestelltes Opium bzw. Hanfprodukte (Cannabis) waren vor allem als Heilmittel hoch angesehen. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts agierten Nicht-Regierungsorganisationen und Interessengruppen mit teils religiöser Prägung gegen diese Substanzen, vor allem in den USA. Sie trugen wesentlich zum Zustandekommen der internationalen Opiumkommissionen und -konferenzen bei, die schrittweise weltweite Handels- und Gebrauchsverbote durchsetzten. Auch Rassismus und die gesellschaftliche Ausgrenzung unterer sozialer Schichten spielten unterschwellig eine Rolle: In den USA galt Cannabis als die Droge der Mexikaner und Afroamerikaner sowie Opium als jene der Chinesen. Es ging also auch um die Ablehnung einer Kultur oder einer gesellschaftlichen Gruppe, die mit einer Substanz in Verbindung gebracht wurde.

Dazu kamen wirtschaftliche Interessen, denen die Prohibitionspolitik nutzte: Für die Papierindustrie und Petrochemie stellte der industriell vielseitig nutzbare Hanf ein Konkurrenzprodukt dar. Was das Opium betraf, ging es den Amerikanern auch darum, die britische Kolonialpolitik in Misskredit zu bringen, die in Indien den Mohnanbau massiv förderte. Zum von US-Präsident Richard Nixon 1971 erklärten „War on Drugs“ war es angesichts dieser Maßnahmen nur mehr ein kleiner Schritt.

„Prohibition ist nichts anderes gewesen, als das größte Förderprogramm für die organisierte Kriminalität, das die Welt je gesehen hat. Der organisierten Kriminalität ist gerade jene Drogenpolitik geschaffen worden, die sie zur Marktbeherrschung und -entwicklung braucht.“

Thomas Wenner, Polizeipräsident von Bochum

LITERATURTIPPS

- Blätter, A. (1995): Die Funktionen des Drogengebrauchs und ihre kulturspezifische Nutzung. In: curare. Zeitschrift für Ethnomedizin 18. S. 279-290
- Gros, H. (1996): Rausch und Realität. Eine Kulturgeschichte der Drogen. Band 1-3. Neuauflage 1996. Stuttgart
- Hengartner, T./Merki, Ch. M. (Hg.) (1999): Genussmittel. Ein kulturgeschichtliches Handbuch. Frankfurt/M.
- Kappeler M. (1991): Drogen und Kolonialismus. Zur Ideologieggeschichte des Drogenkonsums. Frankfurt/M.
- Legnaro, A. (2000): Rausch und Sucht in der Sozial- und Kulturgeschichte Europas. In: Uchtenhagen, A./Zieglerberger, W. (Hg.) (2000): Suchtmedizin. Konzepte, Strategien und therapeutisches Management. München. S. 8-21

DROGENPOLITIK UND PRAXIS

BERATUNG UND BEHANDLUNG



THERAPIESTATION
ERLENHOF

THERAPIEZENTRUM TRAUN

Primar Dr. Felix Fischer
Leiter des Therapiezentrum

SUCHTBERATUNGSSTELLE POINT

„Alkoholabhängige leben ganz normal mitten unter uns. Sie haben Lebenspartner, Kinder und einen Job. Das Klischee vom verwahrlosten Alkoholiker auf der Straße betrifft nur eine kleine Minderheit.“

Dr. Felix Fischer, Leiter des Therapiezentrum Traun

BERATUNG, BEHANDLUNG UND REPRESSION: Das sind neben der Suchtprävention die Säulen der Drogenpolitik. Berichte über einen Arbeitsalltag, der spannend ist, aber gute Nerven erfordert.

Chance zum Neuanfang

Der Erlenhof ist seit 1981 Anlaufstelle für suchtkranke Menschen. Statt einem Langzeitangebot nach fixem Schema bietet man dort flexible Therapiemodule an.

Ein mächtiger Vierkanthof, wohnlich eingerichtet, umgeben von sanften Hügeln: Es ist ein Ort des Rückzugs und der Sicherheit für knapp 20 Klientinnen und Klienten, die von illegalen und/oder legalen Substanzen abhängig sind. Nach dem körperlichen Entzug haben sie hier die Chance, mit ihrer Suchterkrankung und der ihr zugrunde liegenden Störung umgehen zu lernen. Die Männer und Frauen, die bis zu 15 Monate am Erlenhof leben können, sind auf drei betreute Wohngruppen aufgeteilt, in denen sie Alltag und Zusammenleben selbst regeln. Vormittags wird gearbeitet, sei es in der Landwirtschaft, der Tischlerei, der Keramikwerkstätte oder im Haushalt. Der Nachmittag ist Einzel- und Gruppentherapien vorbehalten. Pausen- und Essenszeiten sind festgelegt. Zur Hausordnung gehört unter anderem ein striktes Verbot von psychoaktiven Substanzen, das laufend überprüft wird. Ein derart strukturierter Tagesablauf mit Verantwortung und Pflichten ist für viele Klienten ungewohnt, doch er ist ein erster Schritt in ein geregelt Leben.

Tiefere Ursache der Sucht behandeln

Der zu „pro mente Oberösterreich“ gehörende Erlenhof bietet eine Intervalltherapie an: Einzelne Module, die meist zwei bis sechs Monate dauern, lassen sich flexibel kombinieren. Nach jedem Modulabschluss besteht eine reguläre Möglichkeit zum Ausstieg. So kann ein Therapieabbruch, der die weitere Motivation hemmen würde, vermieden werden; ein Wiedereinstieg ist leichter möglich. In der Psychotherapie lernen die Klienten, sich den Alltagsanforderungen zu stellen, Zeitmanagement und Selbstorganisation zu üben. Weiters arbeiten sie an ihrem seelischen Grundproblem, das die tiefere Ursache für die Suchterkrankung darstellt. Die Stärkung des Selbstwertgefühls und das Aufarbeiten von schwierigen Beziehungen spielen dabei eine besonders große Rolle. Zusätzlich bietet der Erlenhof eine Berufsorientierung sowie sportliche Aktivitäten an. Im nahe gelegenen Eferding gibt es zudem Außenwohngruppen, in denen die Klienten relativ selbstständig leben, aber doch betreut werden. Denn gerade nach Ende der Therapie kommt es immer wieder zu Rückfällen, die durch professionelle Nachbetreuung und Selbsthilfegruppen verhindert werden sollen.

Für das Betreuerteam ist die Arbeit am Erlenhof spannend und schwierig zugleich. „Häufig projizieren suchtkranke Menschen eigene schlimme Erlebnisse aus der Kindheit auf ein Gegenüber, um sie selbst nicht spüren zu müssen. Dieses Gegenüber ist nicht selten der Betreuer, der mit Schuldzuweisungen und Entwertungen durch den Klienten fertig werden muss. Dazu kommen immer wieder Beziehungsabbrüche, wenn jemand unangekündigt oder irregulär den Erlenhof verlässt. Das kann bei Mitarbeitern schon zu Krisen führen“, beschreibt Erlenhof-Leiter Peter Olbrich. Selbsterfahrung und ein starkes Selbstwertgefühl seien daher für diese

Arbeit enorm wichtig. Gleichzeitig verfolgt das Betreuerteam jeden Fortschritt der Klienten hautnah mit. Durch den engen Kontakt entsteht bei manchen dauerhafte Verbundenheit, wie Peter Olbrich erzählt: „Ich habe Kontakt zu Leuten, die vor 18 Jahren bei uns waren. Wir erhalten regelmäßig Anrufe und Besuche von Ex-Klienten – sowohl, wenn es ihnen gut geht, als auch in Krisen.“

„Ein Ort, wo ich eine Zeit lang zu Hause bin“

Anja (36) lebt derzeit am Erlenhof. Ein Erfahrungsbericht.
„Die Atmosphäre am Erlenhof ist sehr familiär. Schon das Erstgespräch bei der Aufnahme war sehr persönlich. Ich hatte das Gefühl, die sind an mir als Anja interessiert. Das ist genau das, wonach ich suchte. Es ist für mich ein Ort, wo ich jetzt eine Zeit lang zu Hause bin und Geborgenheit finde. Ich war während meiner Sucht total passiv und bin viel herumgegangen. Jetzt arbeite ich am Erlenhof in der Landwirtschaft. Wir pflanzen selbst an und verwerten die Dinge. Das macht Spaß. Ich sehe das Ergebnis meiner Arbeit direkt. Und ich kann abschalten und meine Passivität überwinden. Ich fühle mich auch körperlich besser, wenn ich arbeite und draußen bin. In der Gruppentherapie ist es für mich immer wieder eine Überwindung, über Persönliches zu reden. Aber wenn ich dann spreche, fühle ich mich hinterher erleichtert. Ich höre auch andere Meinungen und kann so leichter von meinem eigenen, oft negativen Selbstbild abkommen. Ich lebe nicht mehr so in meiner Eigenwelt. Die Wohngruppe ist wie eine Familie. Wir müssen Themen wie Putzen, Aufräumen oder laute Musik klären. Der Alltag ist oft eine Herausforderung: Die meisten von uns haben Beziehungsdefizite und eine schwierige Familiengeschichte. Für mich ist die Zeit am Erlenhof ein absoluter Neustart. Ich will anfangen, MEIN Leben zu leben und mit den Einschränkungen durch meine Krankheit klarkommen. Ich will mein Leben genießen und wieder Freude empfinden können.“

Kein Tag wie der andere

Hilfe bei Essstörungen, Heroin-Ersatzprogramm oder Beratung für Angehörige: In der Suchtberatungsstelle Point laufen viele Fäden zusammen.

Insgesamt 365 Klientinnen und Klienten betreute die Suchtberatungsstelle Point im Jahr 2004. Anders gesagt: Mehr als 4.500 Mal läutete in der Linzer Starhembergstraße das Telefon oder klingelte jemand an der Tür. Ein Jugendlicher will wissen, wie gefährlich Cannabis und Ecstasy denn nun wirklich sind. Eine verzweifelte Mutter meldet sich, weil ihre abgemagerte Tochter kaum etwas isst. Ein Abhängiger will ins Heroin-Ersatzprogramm aufgenommen werden oder braucht einen Therapieplatz. Das Gericht überweist Personen, die wegen eines Drogendelikts verurteilt wurden, zur „Therapie statt Strafe“. Jemand, der gerade ein Entzugsprogramm hinter sich hat, sucht einen Job oder eine Wohnung. Das ist nur eine kleine Auswahl jener Anliegen, für die das zehnköpfige Team zuständig ist. Die Suchtberatungsstelle Point gibt es seit 1971. Sie ist eine Ein-

richtung von „pro mente OÖ“ und bietet Sachinformation, psychosoziale Beratung und Betreuung sowie Psychotherapie für Menschen, die Probleme mit illegalen psychoaktiven Substanzen oder Sucht haben. Die enge Vernetzung mit Drogenambulanz, Landessanitätsdirektion, Gerichten, Therapie- und Sozialeinrichtungen ist eine wichtige Grundlage dieser Arbeit – ebenso wie standardisierte Abläufe und genaue Dokumentation. Ziel ist es, die Klienten auf ihrem Weg in Suchtfreiheit und soziale Reintegration zu unterstützen. Das sei jedoch nicht immer sofort möglich, so der stellvertretende Einrichtungsleiter Claus Veitl: „Oft geht es zunächst um das physische Überleben und das Verhindern von weiterem Schaden. Da ist es schon ein Erfolg, wenn ein Klient den Konsum reduziert, zu weniger riskanten Konsumformen übergeht oder sich informiert, wie man Überdosierungen oder Infektionen verhindert.“

Viele Klienten leben unauffällig

Viele Menschen, die zu Point kommen, sind arbeitslos, haben die Ausbildung abgebrochen und schlechte berufliche Perspektiven. Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung in der Kindheit oder suchtkranke Eltern sind häufige seelische und familiäre Hintergründe. Doch das Klischee von Verwahrlosung stimmt bei weitem nicht immer. Nicht wenige Klienten wirken äußerlich angepasst und führen ein unauffälliges Leben. Die Arbeit bei Point hat sich in den vergangenen Jahren verändert, wie Beraterin Franziska Kanatschnig schildert: „Den reinen Heroinjunkie gibt es kaum noch. Wir sind heute viel häufiger mit riskantem Mischkonsum konfrontiert. Viele Konsumenten von Heroin oder anderen Opiaten nehmen zum Beispiel gleichzeitig Kokain oder Amphetamine ein.“ Auch die soziale Reintegration sei nicht einfacher geworden, so Claus Veitl: „Die Arbeitsmarkt-Situation ist angespannter als früher, die Sozialeinrichtungen müssen sparen. Es ist heute schwieriger, unsere Klienten in Arbeitstrainings-Zentren oder betreuten Wohngruppen unterzubringen. Alle Einrichtungen haben Wartelisten.“ Doch das Point-Team lässt sich dadurch nicht entmutigen, sieht es doch laufend die kleineren und größeren Erfolge ihres Einsatzes – immer dann, wenn es einem Klienten besser geht.

Ohne Alkohol leben können

Ein Glas mitzutrinken, wird in unserer Kultur selbstverständlich erwartet. Wer jedoch ohne Alkohol den Alltag nicht mehr bewältigen kann, gilt als Außenseiter. Das Therapiezentrum Traun bietet Entwöhnungsbehandlung und Unterstützung für Abhängige.

Eigentlich ist es ein Krankenhaus, doch eines ohne Operationen, Verband und ganztägige Betruhe. Im Therapiezentrum Traun, das zur OÖ Landesnervenklinik gehört, stehen Seele, Geist und der Umgang mit dem Verlangen im Mittelpunkt. Alkoholkranken Menschen und deren Angehörige finden dort Behandlung und Unterstützung. Ein stationärer Aufenthalt dauert acht Wochen. Parallel dazu wird ambulante Betreuung angeboten und

seit kurzem gibt es auch eine Tagesklinik. Dabei verbringen die Patienten den Tag in Traun, Abend und Wochenende aber zu Hause. Damit will man neue Zielgruppen erreichen, denn nicht jeder Patient kann oder will so lange gänzlich von zu Hause weg sein. Das Therapiezentrum Traun bietet einerseits Entgiftung an – hier werden körperliche Entzugserscheinungen behandelt – andererseits eine Entwöhnung. Dabei liegt der Schwerpunkt auf den seelischen Problemen, die die Alkoholabhängigkeit verursacht haben bzw. begleiten. Neben Einzelgesprächen, Gruppentherapie und Bewegung stehen auch Wahlangebote auf dem Programm. Wer will, kann z.B. eine Raucherentwöhnung machen, Entspannungstechniken lernen oder seine Selbstsicherheit trainieren. Eine große Rolle spielt auch Hilfe für Angehörige, denen das Zentrum Einzelgespräche und Gruppenbetreuung anbietet.

100 Entwöhnungsplätze für 56.000 Abhängige

Nicht selten kommt es vor, dass alkoholabhängige Menschen beschönigen, übertreiben oder untertreiben – aus Scham oder aus Verdrängung. Auch Rückfälle und das Leid der Angehörigen sind eng mit Alkoholismus verbunden. Mit diesen Dingen müssen die Betreuerinnen und Betreuer in Traun – also die Ärzte, Krankenpfleger, Psychologen, Therapeuten und Sozialarbeiter – umgehen können. Dass es gut gelingt, beweisen die Stabilität des Teams und die geringe Personalfuktuation. Einem Trugschluss dürfe man als Betreuer oder als andere Bezugsperson nicht erliegen, so der ärztliche Leiter Dr. Felix Fischer: „Zu glauben, einen alkoholkranken Menschen wirklich verstehen zu können, nur weil man selbst ab und zu Alkohol trinkt oder schon einmal betrunken war.“

Das Therapiezentrum Traun ist im Bereich der öffentlichen Spitäler (GESPAG) das einzige Angebot für Alkoholentwöhnung in Oberösterreich. Nur die körperliche Entgiftung ist noch in anderen Krankenhäusern möglich. In Traun stehen knapp 100 Betten für die stationäre Behandlung zur Verfügung. Das therapeutische Team besteht aus 35 Personen. Pro Jahr werden rund 680 Patienten stationär aufgenommen und etwa 2.400 ambulant betreut. Diesen Zahlen stehen 56.000 Alkoholabhängige allein in Oberösterreich gegenüber. Zusätzlich kommen Personen aus den Grenzgemeinden anderer Bundesländer nach Traun. „Der Bereich der illegalen Drogen ist, was Behandlung und Therapie betrifft, finanziell und personell eindeutig besser ausgestattet als der Alkoholbereich“, so Primar Fischer. „Das liegt sicher auch an der ambivalenten Beziehung zu dieser Substanz: Alkohol gilt in unserer Kultur einerseits als unverzichtbar, andererseits will man sich mit den unangenehmen Begleitscheinungen nicht so befassen.“

Tabu aufbrechen!

Wer ein Alkoholproblem hat, kommt – so die Erfahrung im Therapiezentrum Traun – häufig erst in Behandlung, wenn die Abhängigkeit schon weit fortgeschritten ist. Das liegt nicht zuletzt am Tabu, mit dem das Thema Sucht belegt ist. Viele Menschen haben in ihrem Umkreis mit Alkoholabhängigen zu tun, sei es als Lebenspartner oder Angehörige, Ärztin, Arbeitskollege, Freundin, Lehrkraft, Mitarbeiter einer Beratungseinrichtung...etc. Oft stehen vage Vermutungen und Verunsicherung im Raum. Das Problem trotzdem anzusprechen – und zwar höflich, sachlich und auf Basis konkreter Beobachtungen. z.B. „Mir ist aufgefallen, dass...“ – kann dazu beitragen, dass sich Betroffene schneller zu einer Therapie entschließen.



DROGENPOLITIK UND PRAXIS REPRESSION



Oberleutnant Erwin Meindlhumer leitet den Ermittlungsbereich Sucht beim Landeskriminalamt OÖ

Drogenfahndung: "Das ist eine never-ending story"

Repression ist jene Säule der Drogenpolitik, in die das meiste Geld fließt. Die Arbeit gegen den Konsum und Handel von illegalen Substanzen verlangt der Polizei viel Ausdauer ab – und geht nie zu Ende.

Oberleutnant Erwin Meindlhumer ist beim Landeskriminalamt OÖ ein „alter Fuchs“: Kriminalbeamter seit 22 Jahren, Leiter des Ermittlungsbereichs Sucht seit zwölf Jahren – einer also, der den Bereich, den man im Polizeijargon „Suchtgiftkriminalität“ nennt, wie seine Westentasche kennt. Jeder hat sie schon gesehen, die Fotos aus den Lokalzeitungen, die von der Exekutive beschlagnahmtes Cannabis, Heroin, Kokain oder Ecstasy zeigen. Es können jedoch nur etwa rund fünf Prozent der im Umlauf befindlichen illegalen Substanzen aus dem Verkehr gezogen werden. Anlass zu richtiger Freude gäbe es in diesem Arbeitsfeld selten, so Erwin Meindlhumer: „Das ist eine never-ending story. Wir erwischen im Drogenhandel nur die Spitze des Eisbergs. Es wird immer Menschen geben, die diese Substanzen konsumieren. Damit müssen wir leben. Wichtig ist es, der Jugend Werte zu vermitteln.“

Kleine Händler haben oft nicht viel zu verlieren

Die Aufgaben der Exekutive im Drogenbereich reichen von Verkehrskontrollen und Konsumentenbefragungen bis hin zum Beobachten von Kleindealern, dem Verfolgen anonymer Hinweise oder Telefonüberwachungen. Hinter einem „großen Coup“, über den dann in den Medien berichtet wird, stehen lange und aufwändige Ermittlungsarbeiten – und die werden immer komplizierter, denn der Drogenhandel entwickelt sich laufend weiter. Gab es früher etwa mehr direkten Kontakt zwischen Händler und Kunden, läuft heute mehr über Mittelsmänner: Die Ware kommt von einer Person, bezahlen tut der Kunde bei einer anderen. Das macht Recherche und Beweisführung noch schwieriger. Bei ihren Nachforschungen stoßen die Kriminalisten auf weit verzweigte Netze organisierter Kriminalität, die sich bis in zahlreiche Staaten verfolgen lassen. Gefälschte Dokumente, die Nutzung modernster Kommunikationstechnologien, aber auch Gewalt untereinander gehören in der Szene des Drogenhandels zum Alltag. Hinter diesem Handel stecken neben Profitstreben nicht selten andere Interessen, etwa die Destabilisierung von Regierungen. Oft lassen sich auch Verknüpfungen zu Waffen- und Menschenhandel herstellen. Für einen kleinen Händler, den die Exekutive aufgreift, findet sich schnell Ersatz. Meist kommen die Betroffenen aus armen Verhältnissen. Erwin Meindlhumer berichtet von einem Brief eines inhaftierten Mannes aus Georgien: „Es gehe ihm gut. Es sei warm hier und er bekomme drei Mal am Tag etwas zu essen, hat er seiner Mutter geschrieben – und zwar aus einem österreichischen Gefängnis. Selbst dort ist es für ihn besser als in seiner Heimat. Diese Leute haben oft nicht viel zu verlieren.“ Auf die Frage, wie denn Maßnahmen gegen illegale Substanzen mit der großen Zahl der legal Alkoholabhängigen zusammengeht, antwortet der Kriminalist: „Der Alkohol richtet genau so viel Unheil an, wenn ich etwa an Verkehrsunfälle und Gewalt in der Familie denke. Aber hier hängt die Wirtschaft dran.“

INFOS & KONTAKT

Therapiestation Erlenhof
Taubing 7
4731 Prambachkirchen
07277/6913
erlenhof@promenteoee.at
www.therapiestation-erlenhof.at

POINT, Beratungsstelle für Suchtfragen
Starhembergstraße 11/2
4020 Linz
0732/7708950
point.linz@promenteoee.at
www.pmoee.at

Landesnervenklinik OÖ,
Therapiezentrum Traun
Oberer Flötzerweg 1
4050 Traun
050 554/62-0
contact.wj@gespag.at oder
traunaufnahme.wj@gespag.at
www.wagner-jauregg.at

Landespolizei kommando
Gruberstraße 35
4020 Linz
059 133 40
www.bundespollizei.gv.at/ooe

Kleine Konsumenten im Visier?

Wie die Statistik des Innenministeriums zeigt, geht bei illegalen Substanzen der Trend in Richtung mehr Anzeigen gegen „kleine Konsumenten“.

Im Jahr 2004 gab es in Oberösterreich rund 3.500 Anzeigen wegen Verstoßes gegen das Suchtmittelgesetz (SMG). Der überwiegende Anteil davon, nämlich rund 3.279, sind sogenannte „Vergehen“, bei denen die sichergestellte Menge einer illegalen Substanz unter einer bestimmten Grenzmenge bleibt. Es handelt sich bei den angezeigten Personen also größtenteils um „kleine“ Konsumentinnen und Konsumenten. Wenn man sich die Statistik im Fünf-Jahres-Trend ansieht, wird deutlich, dass immer mehr „Vergehen“ angezeigt werden, während die Zahl der Anzeigen wegen „Verbrechen“ – die in der Regel dem Drogenhandel gelten – relativ konstant bleibt.

Die Details: Im Zeitraum von 1999 bis 2004 pendelt die Zahl der Verbrechen in OÖ nur zwischen 160 und 341 Anzeigen (im Jahr 2004 waren es 242). Bei den „Vergehen“ hingegen ist es zu einer Steigerung um 88 Prozent auf die eingangs erwähnten 3.279 gekommen, was fast eine Verdoppelung bedeutet. Die Anzeigenstatistik hat nicht nur mit der Entwicklung des Drogenkonsums zu tun. Sie hängt auch davon ab, wie viele Beamte für die Drogenfahndung zur Verfügung stehen und wo diese ihre Schwerpunkte setzen. Die Statistik ist also auch ein Tätigkeitsbericht der Exekutive.

Quelle: Jahresbericht des Innenministeriums zur Suchtmittelkriminalität 2004, downloadbar unter www.bmi.gv.at

„UNSERE DROGENPOLITIK IST GROSSTEILS INTERNATIONAL VORGEGEBEN“

INTERVIEW

Bundesdrogenkoordinator Franz Pietsch über die Grundzüge der österreichischen Drogenpolitik, die ihr verbleibenden Spielräume und die Herausforderung, zahllose Zuständigkeiten auf einen Nenner zu bringen.



Dr. Franz Pietsch vom Bundesministerium für Gesundheit und Frauen ist Bundesdrogenkoordinator und Vorsitzender des Bundesdrogenforums.

Was sind die wichtigsten Grundzüge der österreichischen Drogenpolitik?

Auf Basis geltender internationaler und nationaler Bestimmungen wird in Österreich ein vernünftiger Umgang mit legalen Substanzen wie Alkohol und Tabak verfolgt. Zu illegalen Drogen gibt es jedoch ein kompromissloses Nein – wobei hier der Grundsatz „Therapie statt Strafe“ gilt. Eine wichtige Rolle spielen im Rahmen der Behandlung von Drogenpatienten Drogensersatzprogramme. Das EU-weit angewandte Vier-Säulen-Modell aus Repression, Therapie, Schadensminimierung und Prävention ist unbestritten. Hier wird eine ausgewogene Balance zwischen diesen Säulen angestrebt, wobei es im illegalen Drogenbereich der Politik obliegt, die Rahmenbedingungen für Bundes- und Länderebene vorzugeben.

Von vier gleichberechtigten Säulen sind wir allerdings noch weit entfernt. Im Vergleich zur Repression ist die Prävention finanziell stark benachteiligt.

Sicher werden mehr Geldmittel für die Prävention als sinnvoll und hilfreich erachtet. Aufgrund eines fehlenden gemeinsamen Budgets für Drogenpolitik ergeben sich die Budgeterfordernisse aus den Aufgabenstellungen und den Schwerpunktvorhaben der einzelnen Ressorts bzw. den Prioritäten des jeweiligen Ministers. Ich persönlich wünsche mir, dass es mehr zweckgebundene Gelder für die Suchtprävention gibt, etwa einen Teil der Tabaksteuer. Das ist derzeit nicht vorgesehen.

Wo werden drogenpolitische Entscheidungen heute getroffen? Hat Österreich überhaupt noch Spielraum?

Der Großteil der Drogenpolitik im illegalen Bereich ist durch internationales Recht bestimmt, etwa durch Konventionen und Rahmenvereinbarungen der UNO bzw. der Weltgesundheitsorganisation und natürlich durch die Europäische Union, wobei Österreich als Mitgliedsstaat in vollem Umfang in Entscheidungen miteingebunden ist. Spielraum auf nationaler Ebene besteht durchaus und ist auch notwendig, denn Drogenpolitik ist sehr von der jeweiligen regionalen und kommunalen Situation geprägt. Auch von Staat zu Staat ist die Lage verschieden: In Deutschland etwa gibt es rechtlich nicht unumstrittene Konsumräume für Drogenabhängige, um die offene Drogenszene in den Griff zu bekommen. In Österreich hingegen kann der Straßenszene mit anderen geeigneten Angeboten und dem weiteren Ausbau des Drogenhilfssystems begegnet werden. Spezielle szeneadäquate und bedarfsorientierte Maßnahmen in den einzelnen Ländern sind sinnvoll und werden auch konsequent umgesetzt.

Wie funktioniert die österreichische Drogenpolitik in der Praxis?

Hier muss zwischen legalen und illegalen Substanzen unterschieden werden. Bei den illegalen Drogen bilden das Suchtmittelrecht und – wegen der Kompetenzverteilung auf unterschiedliche Ressorts – das Ministeriengesetz die Handlungsgrundlage. Mit dem Bundesdrogenforum und der seit 1997

bestehenden Bundesdrogenkoordination gibt es eine feste Organisationsstruktur, in der Vertreter der relevanten Bereiche auf Bundes- und Länderebene direkt zusammenarbeiten. Die Bundesdrogenkoordination unter dem Vorsitz des Gesundheitsministeriums vertritt Österreich auch in internationalen Gremien, etwa in der EU oder der UNO, und sorgt für die Koordinierung innerhalb Österreichs.

Wie stellt sich die Lage bei legalen Substanzen wie Tabak und Alkohol dar?

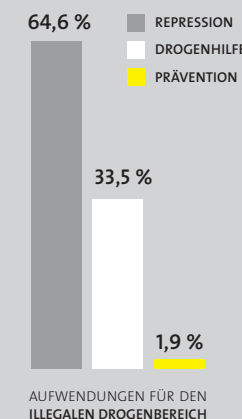
Völlig anders: Hier handelt es sich um komplizierte Querschnittsmaterien, die viele Rechtsbereiche und Verantwortlichkeiten sowohl des Bundes als auch der Länder berühren. Nehmen wir das Beispiel Tabak: Für den Jugendschutz sind die Länder zuständig, für Nichtrauchererschutz in der Arbeitswelt das Wirtschaftsministerium, für gesundheitspolitische Aspekte das Gesundheitsressort, für schulische Präventionsarbeit das Bildungsministerium etc. Somit ist es entsprechend schwierig, unterschiedliche Kompetenzen und Interessen auf einen Nenner zu bringen. Wie bei den illegalen Drogen auch bilden Präventionsmaßnahmen zur nachhaltigen Reduktion des Tabak- und Alkoholkonsums Schwerpunkte der jeweils eingebundenen Ministerien.

Was hat sich im legalen Bereich der Suchtpolitik verändert?

In der Tabakpolitik hat mit Inkrafttreten der Tabakgesetznovelle 2004 ab Jänner 2005 wahrlich ein Paradigmenwechsel stattgefunden, wie etwa verstärkte Maßnahmen zum Nichtraucher-Schutz zeigen: Nichtraucher ist ab sofort die generelle Norm, Rauchen darf nur noch Ausnahme sein. Österreich hat mit dieser Novelle zum Tabakgesetz wesentliche Vorgaben der weltweit verabschiedeten WHO-Tabakrahenkonvention vorweggenommen. So sind Werbeverbote bereits in Geltung oder treten demnächst in Kraft: Plakat- und Kinowerbung für Tabak soll mit Ende 2006 der Vergangenheit angehören. Immer mehr Handlungsbedarf besteht bei den substanzungebundenen Süchten wie pathologischem Glücksspiel oder Internetsucht. Hier sind nicht nur in Österreich weitere Anstrengungen hinsichtlich Datenerfassung und Forschung erforderlich.

Cannabis ist illegalisiert, die größeren gesundheitlichen Schäden verursacht jedoch der erlaubte Tabak. Wie passt das zusammen?

Es stimmt, dass legale Drogen hinsichtlich Krankheit und Todesfälle mehr Opfer fordern. Doch es geht hier auch um die Glaubwürdigkeit: Tabak- und Cannabispolitik hängen eng zusammen. Ein Nichtraucher greift weniger wahrscheinlich zu einem Joint. Es wäre also schwer nachvollziehbar, bei Tabak einerseits restriktiver zu sein – wie das jetzt mit Werbeverboten und Nichtrauchererschutz passiert – und andererseits die Cannabisregelungen zu lockern. Die Legalisierung des Cannabiskonsums in Österreich ist kein Thema.



GEFANGEN IM VIRTUELLEN NETZ



In Österreich gelten mindestens 50.000 Menschen als „internetsüchtig“. Deshalb zu behaupten, das „World Wide Web“ per se mache süchtig, wäre allerdings grundfalsch.

Als der New Yorker Psychiater **Ivan Goldberg**, übrigens selbst ein intensiver Internet-Nutzer, 1995 die Wortschöpfung „Internetsucht“ gebar, dachte er wohl nicht, dass sich seine eher scherzhaft formulierte Diagnose zu einem geflügelten Begriff mit sehr hohem, internationalen Forschungsinteresse entwickeln würde. Mittlerweile gibt es zum Thema Internetsucht zahlreiche Untersuchungen, die jedoch keine einhellige Meinung vertreten. Die für den deutschsprachigen Raum zweifellos bedeutendste Studie ist eine im Jahr 2001 an der Berliner Humboldt-Universität veröffentlichte Arbeit von **Andre Hahn und Matthias Jerusalem**. Eine ihrer Kernaussagen lautet, dass das Internet nicht per se süchtig macht, dass aber – wie auch bei anderen Verhaltensstörungen – gefährdete Personen eine süchtige Verhaltensstörung im Gebrauch des Mediums entwickeln können. Laut dem Wiener Psychologen **Hubert Poppe** haben die tieferen Ursachen von Internetsucht nichts mit dem Cyberspace zu tun. Denn die Sehnsucht nach Zuwendung, Anerkennung, Verständnis, Liebe, Sexualität und dem Gefühl „glücklich zu sein“ hat jeder Mensch. Doch manche suchen nach der Erfüllung dieser Wünsche in der Schein-Welt der „Chatrooms“, Online-Spiele oder virtuellen Erotik-Angebote. Dabei erleben die Betroffenen „online“ ein deutlich besseres Lebensgefühl als „offline“, wo Fantasie, Identität, sinnliche Beziehungen, Gruppenzugehörigkeit, Zuwendung oder ein gutes Selbstwertgefühl meist fehlen. Die Folge ist eine innere Einsamkeit, die den erneuten Einstieg in die virtuelle Welt vorzeichnet.

Merkmale von Internetsucht

Trotz der bereits angedeuteten Uneinigkeit innerhalb der Wissenschaft gibt es fünf weitgehend unbestrittene Merkmale von Internetsucht:

Einengung des Verhaltensraums: Ein Großteil der Tageszeit wird über längere Zeitspannen zur Internetnutzung verwendet. Dazu zählen auch verhaltensverwandte Aktivitäten wie beispielsweise Optimierungsarbeiten am Computer.

Kontrollverlust: Die Betroffenen haben die Kontrolle über ihre Internetnutzung weitgehend verloren. Versuche, das Nutzungsausmaß zu reduzieren oder die Nutzung zu unterbrechen bleiben erfolglos oder werden erst gar nicht unternommen. Das Bewusstsein für dadurch verursachte persönliche oder soziale Probleme ist jedoch vorhanden.

Toleranzentwicklung: Die „Verhaltensdosis“ zur Erreichung der angepeilten positiven Stimmungslage muss gesteigert werden.

Entzugerscheinungen: Entzugerscheinungen treten in Form von Unruhe, Nervosität, Unzufriedenheit, Gereiztheit oder Aggressivität auf. Zudem steigt nach längerer Unterbrechung das psychische Verlangen (**craving**) nach der Internetnutzung.

Negative soziale Konsequenzen: Aufgrund der Internetaktivitäten treten negative soziale Konsequenzen in den Bereichen Arbeit und Leistung sowie soziale Beziehungen (z.B. Ärger mit Freunden oder Arbeitgeber) auf.

Von der Gefährdung zur chronischen Sucht

Wie bei anderen Verhaltensstörungen gibt es auch bei der Internetsucht unterschiedliche Stadien. Vom „**Gefährdungsstadium**“ spricht man bei Vorliegen von bis zu drei der genannten diagnostischen Kriterien in einem Zeitraum von bis zu sechs Monaten. Darüber hinaus gibt es das „**kritische Stadium**“ (vier Kriterien, bis zu sechs Monate) sowie das „**chronische Stadium**“ (vier oder mehr Kriterien, mehr als sechs Monate). Die Folgen von dauerhafter Internetsucht können sich in Form irreversibler psychosozialer Schäden äußern. Dazu zählen zum Beispiel der Verlust des Arbeitsplatzes, die Trennung von Partner/Familie oder eine soziale Selbstisolation. Ernsthafte Auswirkungen können sich auch körperlich zeigen, etwa durch Augenprobleme oder Schäden des Bewegungs- und Stützapparates. Gefährdet sind grundsätzlich alle Personen, die zu süchtigem Verhalten neigen. Besonders häufig tritt Internetsucht jedoch bei arbeitslosen und allein stehenden Menschen auf. In Österreich gibt es etwa zwischen 50.000 und 90.000 Internetsüchtige. Diese Zahl ergibt sich aus der **Hahn/Jerusalem-Studie**, die eine Untergrenze von drei Prozent der täglichen Internetnutzer als abhängig bezeichnet. Sie ist jedoch nur vorsichtig geschätzt, da bei uns bislang keine empirischen Untersuchungen vorliegen.

Präventive Maßnahmen

Neben der Vermittlung von präventiven Grundinhalten ist es nach Meinung des Psychologen Hubert Poppe sinnvoll, wenn die Anbieter von Chatrooms und Online-Spielen deutlich sichtbare Informationshinweise zur möglichen Suchtgefahr platzieren. Arbeitgeber sollten zudem Betriebsvereinbarungen abschließen, die den Internet-Gebrauch während der Arbeitszeit regeln.

Diagnostische Kriterien für den „pathologischen Internetgebrauch“

nach Dr. Hans Zimmerl, Primararzt am Anton-Proksch-Institut, Wien.

- ▶ Häufiges unüberwindliches Verlangen, sich ins Internet einzuloggen
- ▶ Kontrollverluste (längeres „Online-Sein“ als beabsichtigt) verbunden mit diesbezüglichen Schuldgefühlen
- ▶ Sozial störende Auffälligkeit im engsten Kreis der Bezugspersonen (Freunde, Partner, Familie)
- ▶ Nachlassen der Arbeitsfähigkeit
- ▶ Verheimlichung, Bagatellisierung der Gebrauchsgewohnheiten
- ▶ Psychische Reizbarkeit bei Hinderung am Internet-Gebrauch
- ▶ Mehrfach fehlgeschlagene Versuche der Einschränkung

BEVOR FEUER AM DACH IST

„Brandschutz“ lautet der Titel eines neuen Kooperationsprojekts zwischen dem Landesfeuerwehrverband OÖ und dem Institut Suchtprävention. Es geht dabei um einen ganzheitlichen Ansatz von Suchtvorbeugung im Verein.



FEUERWEHR und SUCHTPRÄVENTION

„Wenn man jährlich an die 10.000 Leute über Feuerwehrbelange informiert, ist es sicherlich etwas Besonderes und Nicht-Alltägliches, sich beruflich einmal mit Suchtprävention zu befassen. Ich stehe diesem Projekt sehr offen und sehr positiv gegenüber.“ Mit diesen Worten umschreibt **Hubert Schaumberger**, Leiter der Landesfeuerwehrschule Oberösterreich das neue Kooperationsprojekt „Brandschutz – Feuerwehr und Suchtprävention“. Innerhalb von nur einem halben Jahr wurde ein umfassendes Präventionskonzept entwickelt: **Neben Schulungen für Jugendleiter auf Ortsgruppenebene und solche für Kommandanten auf Ebene der Bezirksabschnitte berücksichtigt das Projekt auch vereinsübergreifende Aktivitäten, wie etwa die Erstellung eines Leitfadens für Festveranstalter.** Besonderes Augenmerk gilt dem Thema Alkohol, denn die Feuerwehren sind nicht nur im Straßenverkehr mit den Unfallfolgen einer alkohollastigen Fest-Kultur konfrontiert, sie tragen auch selbst als Festveranstalter eine hohe gesellschaftliche Verantwortung.

Teilnehmer sind engagiert bei der Sache

Mitarbeiter des Instituts Suchtprävention haben vergangenen September bereits die ersten Seminare abgehalten. Diese „Feuertaufe“ wurde mit Bravour bestanden. „Die Teilnehmer waren aktiv, sie haben sich engagiert beteiligt. Da habe ich auch für die Zukunft ein gutes Gefühl.“ so Schaumberger, der die professionelle Herangehensweise des Instituts an das Projekt „Brandschutz“ hervorhebt: „Man merkt einfach, dass da etwas dahinter ist. Ich finde es ausgezeichnet, dass in die Arbeit der Suchtvorbeugung auf breiter Ebene Organisationen wie Feuerwehr und Exekutive (Projekt „Clever & Cool“) miteinbezogen werden.“ Die Schulungen des Instituts sind künftig fixer Bestand-

teil des Lehrplans an der Landesfeuerwehrschule. Zusätzlich hat man eine Reihe von Seminaren auf Ortsgruppenebene vereinbart. In den kommenden Monaten werden sich auf diese Weise insgesamt knapp 700 Kommandanten, Jugendleiter und Ausbilder mit dem Thema Suchtprävention auseinander setzen.

Vorbild für andere Vereine

Franz Hofmann, Landesjugendreferent der freiwilligen Feuerwehren in Oberösterreich, war ebenfalls an der Entstehung von „Brandschutz“ beteiligt. Für ihn ist Suchtvorbeugung „eine ganz wichtige Angelegenheit, für Jugendliche, aber auch für die Kommandanten und Ausbilder. Die freiwilligen Feuerwehren gehen hier mit gutem Beispiel voran. „Ich hoffe, dass dieses Projekt Vorbild für andere Vereine werden kann.“ Auch das vierköpfige Projektteam des Instituts, bestehend aus Mag. Erika Kunze, Herbert Baumgartner, Siegfried Unger und Klaus Rauscher zeigt sich von der engagierten Zusammenarbeit mit den Feuerwehrvertretern beeindruckt. Projektleiterin Erika Kunze: „**Es ist wirklich fantastisch mit welch tollem Engagement die Leute von den freiwilligen Feuerwehren bei der Sache sind. Man darf ja nicht vergessen, dass es für fast alle Beteiligten ein Ehrenamt ist. Die vielen Stunden der Projektarbeit, aber auch die Seminarteilnahme erfolgt zur Gänze in der Freizeit.**“

Das Projekt stellt einen suchtpreventiv ganzheitlichen Ansatz auf 3 Ebenen dar:

- 1. Nachwuchsebene:** Bezirksweise werden eintägige Fortbildungen für die Jugendbeauftragten der einzelnen Ortsgruppen organisiert, in denen unter Anleitung von Mitarbeitern des Instituts Suchtprävention eine Auseinandersetzung mit der eigenen Vorbildrolle erfolgt. Dabei kommen Themen wie Konsumformen und Konsummotive von Jugendlichen ebenso zur Sprache wie die Erörterung von Risiko- und Schutzfaktorenmodellen oder das Erarbeiten von Regeln im Umgang mit Nikotin und Alkohol.
- 2. Ortsgruppenebene:** Die Sensibilisierung für die Aspekte Alkoholkonsum und Alkoholmissbrauch steht im Mittelpunkt jener Vorträge, die innerhalb der Kommandantenweiterbildung angeboten werden. Besonderen Stellenwert nehmen dabei die gesellschaftliche Verantwortung der Organisation Feuerwehr, z.B. bei Feuerwehrfesten, und die Vorbildwirkung etwa im Bereich der Nachwuchsarbeit ein.
- 3. Gesellschaftsebene:** Ein wichtiges Ziel des Projektes ist das Bewusstmachen der gesellschaftlichen Bedeutung der Feuerwehren. So wurde beispielsweise ein Arbeitskreis gebildet, dem neben Vertretern der Suchtprävention und der Feuerwehr auch Mitarbeiter der Exekutive angehören. Ziel dieses interdisziplinären Zirkels ist die Erarbeitung eines Veranstalterleitfadens, der auf breiter Ebene helfen soll, Alkoholmissbrauch zu verhindern und die Entwicklung einer jugendgerechten Festkultur zu fördern.



SUCHTVORBEUGUNG IM KINDERGARTEN



Caritas Kindergarten Andorf

IM PORTRÄT DR. RAINER SCHMIDBAUER INSTITUTSLEITER



Besondere Beziehung zur Exekutive von Kindesbeinen an:
Rainer Schmidbauer (links) mit Vater Manfred und Bruder Joachim.



1975



2005

INTERN

Ob ein Mensch seelisch gesund wird oder später an einer Sucht erkrankt hängt auch von seiner Entwicklung, seinen Erlebnissen und Lebensumständen in der frühen Kindheit ab. Im Kindergarten kann Suchtvorbeugung daher besonders gut wirksam werden.

Die Wurzel für ein suchtfreies Leben reicht bis in die früheste Kindheit zurück. Zwischen dem dritten und sechsten Lebensjahr werden wesentliche Grundlagen für spätere Einstellungen und Verhaltensweisen gelegt. Dazu gehören auch Schutzfaktoren gegen Sucht wie zum Beispiel Selbstbewusstsein, soziale Kompetenz oder die Fähigkeit, Frustration auszuhalten, Gefühle auszudrücken und mit Konflikten angemessen umzugehen.

Suchtvorbeugung muss nicht spektakulär sein

Der Kindergarten ist ein geeigneter Ort für Suchtvorbeugung: Er bietet einen geschützten Rahmen, in dem man auf die individuellen Bedürfnisse des Kindes eingehen kann. Er schafft ein gutes Übungsfeld für jene Kompetenzen, die es für ein Leben ohne Sucht braucht: Hier lernen Kinder zu spielen, zu streiten und Lösungen für Probleme zu finden. Der Kindergarten bietet außerdem die Möglichkeit, Anzeichen für familiäre Schwierigkeiten oder abweichendes Verhalten möglichst früh zu erkennen. Von abweichendem Verhalten kann man zum Beispiel dann sprechen, wenn Spielzeug, Süßigkeiten, fernsehen.....etc. häufig und regelmäßig dazu dienen, unangenehme Gefühle wie Wut, Traurigkeit oder Einsamkeit nicht so stark zu spüren. Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen können Suchtvorbeugung in den Kindergartenalltag integrieren und gleichzeitig gefährdete Kinder unterstützen. Suchtpräventive Projekte müssen keineswegs spektakulär sein: Lieder, Rollenspiele und kleine kreative Tätigkeiten bewirken – regelmäßig eingesetzt – oft mehr als aufwändige große Vorhaben. Auch das eigene Vorbild und die Grundhaltung, die das Team einnimmt, spielen eine große Rolle, denn davon hängt letztlich die Grundstimmung im Kindergarten ab: Wenn sich die Kinder willkommen und ernst genommen fühlen, ist das die beste Suchtvorbeugung.

Gefährdete Kinder rechtzeitig unterstützen

Darüber hinaus geht es darum, durch Frühintervention auffällige Kinder zu unterstützen, die etwa aus suchtfördernden Familienstrukturen kommen. Jedes zehnte Kind hat einen alkoholabhängigen Elternteil. Dazu kommen jene Kinder, deren Eltern unter anderen Süchten leiden. Grundsätzlich gilt, dass schwierige Bedingungen zu Hause – etwa körperliche und seelische Gewalt, sexueller Missbrauch oder schwere Krankheiten eines Elternteils – äußerst belastend sind und einen von mehreren suchtfördernden Faktoren darstellen. Kinder aus suchtbelasteten Familien haben ein höheres Risiko, später selbst eine Sucht oder andere psychische Probleme zu entwickeln. Je früher sie Unterstützung bekommen, desto besser kann man ihnen helfen. Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Fachliches Hintergrundwissen über Sucht und Prävention unterstützt dabei, in konkreten Situationen angemessen zu reagieren und das Tabu rund um das Thema Sucht zu brechen.



Spuren zehlen

Fortbildungs-Lehrgang für KindergartenpädagogInnen

Dieser Lehrgang soll KindergartenpädagogInnen für das Thema Suchtvorbeugung sensibilisieren und das pädagogische und persönliche Handeln neu betrachten helfen. Neben Sachinformation geht es auch um konkrete Anregungen, wie suchtpräventive Inhalte praktisch umgesetzt werden können. Der Lehrgang besteht aus fünf ganztägigen Modulen, die im Abstand von drei bis vier Wochen in Linz stattfinden. Es referieren MitarbeiterInnen des Instituts sowie externe Fachleute.

- INHALTE**
- Einführung in die Suchtprävention
 - Selbstreflexion der LehrgangsteilnehmerInnen
 - Umgang mit konkreten Problemsituationen
 - Umsetzung suchtpräventiver Inhalte im Kindergartenalltag
 - Vorstellung konkreter Projekte

Details finden Sie auf unserer Homepage www.praevention.at unter „Bildungsangebote“. Bei Fragen wenden Sie sich an: Thomas Wogerbauer, wogerbauer@praevention.at und Mag. Andrea Schrattenecker, schrattenecker@praevention.at

Rainer Schmidbauer interessiert sich seit früher Jugend für das Thema Sucht. Der ausgewiesene Experte für Drogenpolitik leitet gemeinsam mit Christoph Lagemann das Institut Suchtprävention.

Hauptschule Harter Plateau, Leonding, Anfang der 80er-Jahre: Es war jene Zeit, als normalerweise Polizisten mit dem „Drogenkoffer“ in die Schule kamen und die Schüler eindringlich davor warnten, je verbotene Substanzen auszuprobieren. Mit „Drogenaufklärung“ dieser Art rechnete auch Rainer Schmidbauer, Schüler der dritten Klasse. Allerdings bekam der Sohn eines Gendarmerie-Offiziers etwas anderes als erwartet zu hören: Der Gastreferent, ein junger, in der Suchtberatung tätiger Sozialarbeiter namens Christoph Lagemann, vermittelte den Schülern das Thema Sucht ganz neu: Selbstreflexion und Differenzierung statt reiner Abschreckung. Solche Botschaften empfand Rainer Schmidbauer damals fast als Provokation. Zu Hause angekommen, erteilte er seinem Vater Manfred Schmidbauer – Leiter der Landeskriminalabteilung – sofort einen Auftrag: „Papa, den musst du verhaften!“. Christoph Lagemann wurde jedoch gottlob kein Opfer polizeilicher Repression, sondern ist heute Rainers Kollege und Partner am Institut Suchtprävention – das beide gemeinsam leiten.

Belebende Diskussionen in der Familie

Rainer Schmidbauer interessiert sich seit er etwa zwölf Jahre alt ist für die Themen Sucht und Drogen. Vater Manfred, der als Kriminalist damals Vorträge in Schulen, Pfarren und Gemeinden hielt, wusste zahlreiche traurige Geschichten aus der Drogenszene zu erzählen. „Ich dachte als junger Bursch damals ähnlich wie er. In meinem ersten Referat nannte ich Drogen noch eine ‚Geißel‘ unserer Gesellschaft“, erinnert sich Rainer Schmidbauer. „Doch je älter ich wurde, desto mehr neue Arten fand ich, an das Thema heranzugehen. Wir haben oft endlos diskutiert. Das war aber kein Streit, sondern eher ein belebendes Spannungsfeld.“ Vater Manfred – bis vor kurzem Landesgendarmerie-Kommandant – ist heute überzeugter Anhänger moderner Strategien in der Suchtprävention. Dass die Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Exekutive – etwa beim Schulprojekt „Clever und Cool“ oder der alljährlichen PräGend-Tagung – so erfolgreich ist, mag auch ein bisschen mit dieser speziellen Familienkonstellation im Hause Schmidbauer zu tun haben.....

„Forschung und Evaluation sind unverzichtbar“

Der Absolvent der Handelsakademie und studierte Sozialwirt Rainer Schmidbauer arbeitet seit 1996 am Institut Suchtprävention, das er durch die Arbeit an seiner Dissertation zum Thema Drogenpolitik kennen lernte. „Als ich zum ersten Mal am Institut war, gab es in der Bibliothek noch weniger Bücher über Drogenpolitik als ich selbst privat hatte. Damals hat sich in der Bevölkerung noch kaum jemand für Suchtvorbeugung interessiert. Heute – zehn Jahre später – planen wir bereits einen Hochschullehrgang“, erinnert sich Schmidbauer an die dynamische Entwicklung dieser Disziplin. Seine Arbeitsschwerpunkte sind neben Qualitätsmanagement, Budget und Controlling vor allem Wissenschaft und Forschung. Kommendes Jahr wird unter seiner Leitung bereits zum dritten Mal das ÖÖ Drogenmonitoring durchgeführt – zu dem unter anderem eine repräsentative Erhebung über Substanzkonsum und persönliche Einstellungen mit rund 1.000 Befragten gehört. Auf Schmidbauer und sein dreiköpfiges Team der Abteilung „Wissensmanagement“ wartet also eine Menge Arbeit, aber: „Forschung und Evaluation sind unverzichtbare Säulen moderner Suchtprävention. Wir brauchen aktuelle Daten sowohl für die Entwicklung und Verbesserung von Projekten als auch als Basis für die Drogenpolitik“, ist der Institutsleiter überzeugt. Privat ist Rainer Schmidbauer als begeisterter Sportler oft mit dem Fahrrad, mit Laufschuhen oder auf Bergwanderwegen unterwegs. Der Hobbykoch verwöhnt außerdem Gattin Evelyn und seine Freunde gerne mit feinen Menüs – aber nur, wenn Sohn Lukas (2) einmal einen ruhigeren Tag hat.

„Papa, den musst du verhaften!“

Institutsleiter Rainer Schmidbauer über Institutsleiter Christoph Lagemann anno 1982

„Drogen – die Geißel unserer Gesellschaft“

Erstes Referat des 12-jährigen Rainer Schmidbauer 1982

„Alternativen im Bereich der Drogenpolitik – ein ganzheitlicher, humaner und pragmatischer Ansatz“

Titel von Rainer Schmidbauers Doktorarbeit 1996

NEUES AUS DEM INSTITUT

Hochschulausbildung für Suchtprävention

Das Institut Suchtprävention entwickelt gemeinsam mit der Universität Linz, der Pädagogischen Hochschule des Bundes und der Fachhochschule für Soziales einen Hochschul- sowie einen Masterstudien-Lehrgang für Suchtprävention. Die Feinarbeit für diese zweistufige Ausbildung mit akademischem Abschluss – dazu gehören unter anderem Organisation, Finanzierung, Auswahl der Lehrbeauftragten, Einreichung...etc. – soll noch dieses Jahr beginnen. Die einzelnen Module sollen so angelegt sein, dass eine berufsbegleitende Ausbildung ebenso möglich ist wie die Anrechnung von Zeugnissen für Personen mit einschlägiger Vorbildung, z.B. für PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, SoziologInnen. „Die akademische Qualifikation wertet die Suchtprävention als Profession auf und wird den Standard nachhaltig erhöhen“, so Institutsleiter Dr. Rainer Schmidbauer zum geplanten Lehrgang.

Seminar: Kinder aus alkoholbelasteten Familien

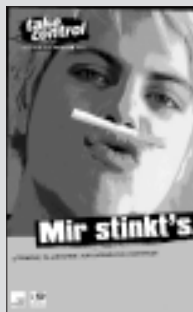
Der Riesenandrang bei der Fachtagung des Instituts unter dem Titel „Kinder alkoholkranker Eltern“ im vergangenen Juni bewies: Das Interesse an diesem Thema ist enorm. Das Institut Suchtprävention plant daher ein entsprechendes Seminarangebot für PädagogInnen. Inhalte sind unter anderem: Familiendynamik in alkoholbelasteten Familien, Belastungsprofil für Kinder, kindliche Reaktionsweisen sowie Handlungsmöglichkeiten (konkrete Unterstützung, Hilfsangebote). Das Seminar ist zunächst als Pilotprojekt gedacht, das Lehrkräften angeboten wird, die bereits die Ausbildung für „Eigenständig werden“ absolviert haben. Die Weiterbildungs-Veranstaltung wird voraussichtlich im Frühjahr stattfinden. Interessierte können sich an Mag. Ingrid Rabeder-Fink wenden. Tel.Nr. 0732/77 89 36, E-Mail: rabederi@praevention.at.

Take Control: Weniger-Rauchen-Kurse für Jugendliche

Mitte Oktober ist der Startschuss für „Take Control“ gefallen, einem kostenlosen Kursprogramm für Jugendliche, die mit dem Rauchen aufhören wollen. Das Institut Suchtprävention hat für sein neues Angebot zehn TrainerInnen ausgebildet, die ihr Wissen an interessierte Jugendliche im Alter zwischen 16 und 25 weitergeben. Die Take Control Weniger-Rauchen-Kurse dauern je vier Wochen, jede Woche findet ein eineinhalbstündiges Treffen der Kursgruppe statt. Dabei lernen die teilnehmenden Jugendlichen ihr Rauchverhalten zu beobachten, zu kontrollieren und schließlich zu beenden, statt des Griffs zum Glimmstängel alternative Verhaltensweisen zu entwickeln und sich in der Gruppe gegenseitig zu unterstützen und zu motivieren. Schulen, Betriebe, Jugendzentren, Gesunde Gemeinden und andere Organisationen können den Kurs buchen. Einzige Voraussetzung sind mindestens zwölf jugendliche InteressentInnen, die Teilnahme ist für die Organisation und für die Jugendlichen kostenlos. Nähere Informationen gibt es unter www.takecontrol.at bzw. bei Projektleiter Dr. Christian Vogel (Tel.: 0732/778936) vogelc@praevention.at.

Hoher Polizeibesuch – Ausbildung für Präventionsbeamte

Mitte September hatte das Institut Suchtprävention hohen Polizeibesuch: Der Chef der Landespolizei OÖ, General Ernst Holzinger (Landespolizeikommandant für OÖ), und der oberste Kriminalist Dr. Rudolf Keplinger (Direktor des Landeskriminalamts OÖ) waren in der Hirschgasse 44 zu Gast. Sie bekamen die neuesten Angebote bzw. Ansätze des Instituts vorgestellt. Von beiden Seiten wurde betont, dass die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen dem Institut und der Polizei fortgesetzt werden soll. Die Arbeit in Oberösterreich soll weiterhin als Vorbildmodell für den Bund fungieren.



ALKOHOL – KEIN GEWÖHNLICHES KONSUMGUT

Forschung und Alkoholpolitik, Thomas Babor et al., 2005.

Aus Sicht der Gesundheitsforschung ist Alkohol kein gewöhnliches Konsumgut, hat er doch weltweit Folgen für Gesellschaft, Individuen und deren Gesundheit. Was sind alkoholpolitische Maßnahmen? Warum sind sie wichtig? Welche Interventionen sind effektiv? Das Buch beleuchtet Alkoholpolitik, von Maßnahmen gegen Trunkenheit am Steuer und Werberegulierungen bis hin zu Präventions- und Therapieprogrammen. Die deutsche Ausgabe enthält ergänzend Kapitel zur Alkoholpolitik in Österreich, Deutschland und der Schweiz.

CANNABIS IST IMMER ANDERS

Haschisch und Marihuana: Konsum-Wirkung-Abhängigkeit, Helmut Kuntz, aktualisierte Auflage 2005.

Immer mehr vor allem junge Menschen konsumieren Haschisch und Marihuana. Gleichzeitig steigt auch der Anteil jener, deren starker und regelmäßiger Konsum zur Gefahr für ihre körperliche, seelische und soziale Gesundheit wird. Der Autor, erfahrener Suchtexperte und Therapeut, informiert ausführlich rund um das Thema Cannabis. Das Buch enthält unter anderem Substanzinformation, Erfahrungsberichte, Kapitel über Konsummotive und familiäre Muster sowie Tipps zum Umgang mit konsumierenden Jugendlichen. Es richtet sich an Cannabis-KonsumentInnen, deren Eltern und Personen, die beruflich mit Jugendlichen arbeiten.

DRUGS AND DECISION-MAKING IN THE EUROPEAN UNION

Tim Boekhout van Solinge, 2002.

Drogenpolitik steht regelmäßig auf der Agenda der EU-Institutionen. Dieses Buch befasst sich mit den komplexen Entscheidungsabläufen in der Europäischen Union. Der Autor gibt einen Überblick über die wichtigsten Anti-Drogen-Konzepte und befasst sich mit der Frage, welche politische Funktion Drogen übernehmen. Anstatt Probleme im Zusammenhang mit Drogen zu lösen, erhält die EU-Bürokratie sie mit ihren Maßnahmen aufrecht, so seine These.

DARÜBER SPRICHT MAN(N) NICHT...!

Magersucht und Bulimie bei Männern. Ein autobiographischer Erfahrungsbericht und Ratgeber.

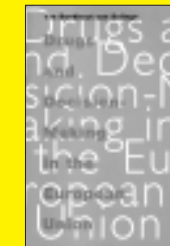
Bernhard Wappis, 2005. Der Autor erzählt seine persönliche Lebensgeschichte als unverstandenes Kind und als junger Mann mit Sportsucht und Bulimie. Erst nach harten inneren Kämpfen und jahrelanger Therapie gelang ihm der Ausstieg aus dem Teufelskreis von Hungern, Essen verschlingen und erbrechen. Neben dem Erfahrungsbericht enthält das Buch auch einen ausführlichen Ratgeber mit Sachinformationen und umfangreicher Adressenliste von Beratungs- und Therapieeinrichtungen.

HIGHMAT

Erzählkreise zu Jugend, Rausch und Risiko, Gerald Koller Hg., 2005.

„Wer nicht vom Weg abkommen will, bleibt auf der Strecke“ ist das Motto dieses Sammelbandes mit Beiträgen von insgesamt 14 Autoren. In drei vielfältigen, mehrere Genres umfassenden Erzählkreisen werden Tabus in Frage gestellt, rauschhafte Erlebnisse – nicht aber die Sucht – als Ressource für eigenverantwortliches, individuelles Lebensglück und gelingende Beziehungen postuliert – sowie die Basis für einen bewussten Umgang mit Rausch und Risiko gelegt. „Erstes Ziel jeder Rausch- und Risikopädagogik muss es sein, Menschen Mittel in die Hand zu geben, den wilden Hengst zu reiten. Denn nur wer die Balance hält zwischen Ekstase und Verzicht, Heimat und Abenteuer, Chaos und Ordnung, Wasser und Wein, kann jenes wilde Tier reiten, das in jeder Substanz, in jedem Risikoergebnis auf uns wartet.“

Alle Bücher sind in der Bibliothek des Instituts Suchtprävention erhältlich.



Unsere Institutsbibliothek steht Ihnen kostenlos zur Verfügung.
Öffnungszeiten:
 Mo-Do 9.00-12.00 und 13.00-16.00 Uhr
 Fr: 9.00-12.00 Uhr
 In den Schulferien sind wir von 9.00-12.00 Uhr für Sie da!

Sie können unseren Buchbestand von zuhause aus im Online-Katalog unter www.praevention.at recherchieren.
Fernleihe ist möglich: 0732 / 77 89 36

TIPP: WAS SIE TUN KÖNNEN BEI..... MISSERFOLGEN UND ENTÄUSCHUNGEN

Nicht alles im Leben gelingt, Fehler machen gehört dazu. Wenn Kinder das akzeptieren können, haben sie einen wichtigen Schutzfaktor gegen Sucht entwickelt.

Sucht kann zum Weg werden, negative Gefühle nicht spüren zu müssen. Umso wichtiger ist ein angemessener Umgang mit Misserfolgen und Enttäuschungen. Der Grundstein dafür wird – wie für vieles – schon in der Kindheit gelegt. Durch ihre Reaktion auf für Kinder enttäuschende Situationen und durch ihre eigene Vorbildwirkung haben Erwachsene wichtigen Einfluss auf diesen Schutzfaktor. Hier einige Anregungen:

- ▶ Räumen Sie dem Kind nicht jede Schwierigkeit aus dem Weg. Versuchen Sie nicht, es vor allen Misserfolgen zu schützen.
- ▶ Auch wenn Sie schon vorab vermuten, dass ein Versuch nicht klappt: Lassen Sie ihr Kind den einen oder anderen Fehler machen, denn aus Fehlern wird es lernen. Ausnahmen sind natürlich gefährliche Situationen.
- ▶ Unterstützen Sie das Kind, Lösungen zu finden, aber nehmen Sie ihm dabei nicht das Heft aus der Hand.
- ▶ Zeigen Sie dem Kind – nicht nur durch Worte, sondern auch durch Vorbild – dass Misserfolge nicht immer zu verhindern sind und dass sich niemand dafür schämen muss.
- ▶ Vermeiden Sie abwertende Bemerkungen wie „Ich hab dir ja immer schon gesagt, dass...“, „Hättest du dich nicht so blöd angestellt...“ und dgl.



Zweisemestriger Lehrgang für Suchtprävention

Im März 2006 startet der nächste berufsbegleitende, zweisemestrige Lehrgang für Suchtprävention, den das Institut in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule anbietet. Die in Blockseminaren erfolgende Weiterbildung richtet sich an Lehrkräfte, JugendbetreuerInnen, Exekutivbeamte, Personen in einschlägigen Beratungsberufen und sonstige Interessierte. Details zum Lehrgang finden Sie auf unserer Homepage www.praevention.at unter Bildungsangebote. Anmeldung bis Mitte Jänner 2006 an der Pädagogischen Hochschule des Bundes, Kaplanhofstraße 40, 4020 Linz, Ansprechpartnerin: Birgit Seyerl, 0732/7470-3008, birgit.seyerl@phlinz.at.

movin': Motivierende Gesprächsführung mit Jugendlichen

Die Methode der motivierenden Gesprächsführung erleichtert die Kontaktaufnahme mit Menschen, die riskant psychoaktive Substanzen konsumieren, aber wenig Änderungsbereitschaft zeigen bzw. ein zwiespältiges Verhältnis zu ihrem Konsum haben. Dieses dreitägige Seminarangebot des Instituts Suchtprävention richtet sich an Personen in der Jugendarbeit.

Details finden Sie auf unserer Homepage www.praevention.at unter Bildungsangebote. Zuständig für Fragen und Anmeldung ist: Klaus Rauscher, 0732/77 89 36, rauscherk@praevention.at



Aus dem Suchtmittelgesetz

Was ist strafbar?

Paragraph 27 besagt: „Wer den bestehenden Vorschriften zuwider ein Suchtgift erwirbt, besitzt, erzeugt, einführt, ausführt oder einem anderem überlässt oder verschafft, ist mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 360 Tagessätzen zu bestrafen.“ Der Strafrahmen kann auch wesentlich höher sein, z.B. wenn Minderjährige beteiligt sind oder wenn jemand gewerbsmäßig bzw. als Mitglied einer Bande handelt. Ist eine Person selbst suchtmittelabhängig und begeht die Tat vorwiegend, um den Eigenkonsum zu finanzieren, gilt das als strafmildernd. **Im konkreten Einzelfall geben Suchtberatungsstellen kompetente Auskunft.** ACHTUNG! Das Gesetz spricht kein ausdrückliches Konsumverbot aus, aber das bedeutet in der Praxis nicht viel, denn: Um ein illegales Suchtmittel zu konsumieren, muss man es besitzen und der Besitz ist verboten.

Grenzmeng

Bei illegalen Suchtmitteln – darunter fallen auch Haschisch und Marihuana – gibt es keine erlaubten Kleinstmengen, auch nicht für den Eigenbedarf. Welche Folgen nun ein Verstoß gegen das Suchtmittelgesetz hat, hängt stark davon ab, mit welcher Suchtmittelmeng – gemeint ist immer die Menge an Reinsubstanz – eine Person in Zusammenhang gebracht wird. Für jede Substanz ist eine bestimmte Grenzmeng festgesetzt, ab der man juristisch gesehen von einer „großen Menge“ spricht („**Grenzmengenverordnung**“). Diese Grenzmeng hat z.B. Einfluss darauf, ob man – umgangssprachlich – noch von Eigenkonsum oder schon von Drogenhandel spricht.

Anzeige

Erfährt eine Privatperson von einem Suchtmitteldelikt, muss sie keine Anzeige erstatten. Wird jedoch die Polizei informiert, ist diese verpflichtet, zu ermitteln. Die Exekutive leitet eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft weiter, die darüber entscheidet, ob es zu einer Zurücklegung oder zu einem Gerichtsverfahren kommt. Jede Anzeige führt zur Speicherung von persönlichen Daten in zentralen Registern sowie zu einer Meldung an die zuständige Behörde (z.B. Bezirkshauptmannschaft).

Anzeigenzurücklegung

Die Staatsanwaltschaft muss eine Anzeige zurücklegen, wenn es sich um eine Erstanzeige sowie um eine **geringe Suchtmittelmeng zum eigenen Gebrauch** handelt. Wird eine gesundheitsbezogene Maßnahme verlangt, hat der Angezeigte dieser nachzukommen. Anzeigenzurücklegungen sollen unter anderem verhindern, dass Probierkonsumenten kriminalisiert werden. Was jeweils unter „eigenem Gebrauch“ bzw. „geringer Menge“ zu verstehen ist, lässt sich im Anlassfall am besten bei einer Suchtberatungsstelle klären.

Hier finden Sie einige rechtliche Bestimmungen rund um illegale Substanzen im kurzen Überblick.

Schule und Bundesheer

Gebrauchen Schülerinnen und Schüler im Schulrahmen illegale Suchtmittel, so gilt **Paragraph 13 Suchtmittelgesetz**, der eine Regelung innerhalb der Schule und ohne Polizei vorsieht. Besteht ein begründeter Verdacht, dass ein Schüler ein illegales Suchtmittel gebraucht, so muss die Schulleitung die Eltern informieren und den Schüler einer schulärztlichen Untersuchung zuführen. Bei Bedarf ist der schulpyschologische Dienst einzuschalten. Im Rahmen der Untersuchung kann der Schüler zu einer „gesundheitsbezogenen Maßnahme“ verpflichtet werden. Nur, wenn diese Maßnahme verweigert oder nicht unter Vorlage einer Bestätigung abgeschlossen wird, hat die Schulleitung die zuständige Gesundheitsbehörde (z.B. Bezirkshauptmannschaft) zu informieren. **Paragraph 13 gilt analog auch beim Bundesheer.**

Gesundheitsbezogene Maßnahme

Diese Maßnahmen werden im Zusammenhang mit dem Grundsatz „**Therapie statt Strafe**“ angewandt. Möglich sind dabei:

- ▶ Ärztliche Überwachung des Gesundheitszustands
- ▶ Ärztliche Behandlung einschließlich Entzugs- oder Substitutionsbehandlung (Drogensatz-Therapie)
- ▶ Klinisch-psychologische Beratung und Betreuung
- ▶ Psychotherapie
- ▶ Psychosoziale Beratung und Betreuung

Die Art der gesundheitsbezogenen Maßnahme wird vorgeschrieben. Wo sie die betroffene Person absolvieren will, kann sie selbst entscheiden. Genauere Informationen dazu bieten Suchtberatungsstellen. Bei minderjährigen Personen müssen die Eltern bzw. Erziehungsberechtigten dafür sorgen, dass sich ihre Kinder der Maßnahme unterziehen.

Therapie statt Strafe

Bei diesem Grundsatz gibt es mehrere Möglichkeiten:

- a) Vorläufige Zurücklegung einer Anzeige, b) vorläufige Einstellung eines Gerichtsverfahrens oder c) Aufschub des Strafvollzugs, wenn es bereits zu einer Verurteilung gekommen ist und der Verurteilte suchtmittelabhängig ist.

Allerdings gelten für „Therapie statt Strafe“ Bedingungen:

Ein bestimmtes Strafausmaß darf nicht überschritten werden (drei Jahre) und die betroffene Person muss eine „gesundheitsbezogene Maßnahme“ akzeptieren. Wird eine solche Maßnahme, z.B. eine Entwöhnungstherapie, erfolgreich absolviert, kann das Gericht ein Verfahren einstellen oder eine „unbedingte“ in eine „bedingte“ Strafe umwandeln. Das heißt: Der Betroffene muss die Strafe nicht antreten, es wird jedoch ein Bewährungszeitraum festgesetzt.